

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 48 (1956)

Heft: 12

Artikel: Die Tschechoslowakei nach dem 20. Kongress der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Autor: Bardach, M.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353771>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

von Arbeiterfreundlichkeit triefende Rede hielt, in der er das Sündenregister der Gewerkschaften aufzählte und eine Liberalisierung der Gewerkschaftspolitik ankündigte. Klosiewicz vergaß auch nicht, den Arbeitern einzupauken, daß die Verbesserung der Lage der Arbeiter in der «restlosen Erfüllung der Produktionspläne» besteht. Nach einer für die Gewerkschaftsleitung nicht sehr angenehmen Diskussion wurde eine Resolution beschlossen, in welcher gefordert werden:

Revision der geltenden Kollektivverträge, Beibehaltung der gemeinsamen Sitzungen des Zentralrates der Gewerkschaften und der Ministerien, über die die Arbeiter betreffenden Fragen, Abschaffung der Privilegien einer Fabrikabteilung, ohne daß die andern Abteilungen des Werkes in ihren Genuß kämen, Verunmöglichung der fortschreitenden Teuerung und Verhinderung des Verschwindens der billigen Waren vom Markt, Verbesserung der beruflichen Ausbildung, allmähliche Angleichung der Rechte der manuellen und Kopfarbeiter, Erhöhung der Renten und Herabsetzung der unteren Altersgrenze für Pensionen. Natürlich, in der Resolution fehlen nicht: Intensivierung der «sozialistischen Erziehung der Massen» und «Stärkung der Arbeitsdisziplin».

Es ist erfreulich, daß sich die Gewerkschaften endlich auf ihre eigentlichen Aufgaben besonnen haben und in der Resolution sogar die Unabhängigkeit der polnischen Gewerkschaften verlangen. Der Zentralrat wurde aufgefordert, alle Entscheidungen, die der «Demokratisierung» der Gewerkschaften entgegenstehen, zu überprüfen und aufzuheben wie auch dafür zu sorgen, daß die «demokratischen» Grundsätze bei der Wahl neuer Funktionäre eingehalten werden und daß der Wille der großen Masse der Gewerkschaftsmitglieder respektiert werde.

Von einem Beschluß eines Gremiums bis zu seiner Verwirklichung ist noch ein weiter Weg, namentlich, wenn an seiner Spitze ein stalinistischer Bürokrat wie Viktor Klosiewicz steht. Es ist aber zu hoffen, daß es sehr bald aus dem Gewerkschaftsapparat verschwinden und daß Gomulka der Gewerkschaftspolitik eine andere Wendung geben wird.

Dr. M. Bardach

Die Tschechoslowakei nach dem 20. Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Unter den vielen Nachrichten, die während des Aufstandes in Posen von den Agenturen verbreitet wurden, die aber den Tatsachen nicht entsprachen, befand sich auch eine von der Presse übernommene Nachricht der UP, daß in der Fabrik Svit, einer früheren Batafabrik, Unruhen ausgebrochen wären. Beobachter der Ereignisse in den Satelliten-

staaten warnten oft genug vor der Übernahme unüberprüfter Meldungen, die zu falschen Schlüssen führen. Will man ein den Tatsachen entsprechendes Bild in den Satellitenstaaten gewinnen, muß man zu den Berichten von Besuchern der Satellitenländern greifen, die meistens, wenn auch keinesfalls den Volksdemokratien feindlich gesinnt, die tatsächlichen Zustände schildern und als Freunde der Satellitenländer die Schwächen und Lücken hervorheben, damit sie dort abgestellt werden. So haben sämtliche französischen und englischen Besucher Polens in den Jahren 1954 und 1955 die verantwortlichen Männer Polens vor einer Fortsetzung der polnischen Wirtschaftspolitik vergebens gewarnt, die zu einer Katastrophe führen mußte. Die Tschechoslowakei ladet sehr selten Ausländer ein. Der französische Linkssozialist, der Journalist *Bertrand Ferney*, der bereits Ende 1955 sechs Monate in der Tschechoslowakei verbrachte und nach dem Posener Aufstand wieder dorthin fuhr, liefert in seinem Bericht Material über die Zustände in der Tschechoslowakei, die in vielen Beziehungen weit schlimmer als in Polen sind, weil es in der Tschechoslowakei eine niedergedrückte, zur Ohnmacht verurteilte Arbeiterklasse gibt.

Auch in der Tschechoslowakei weckten die Beschlüsse des 20. Kongresses der KP der SU große Hoffnungen. Hier fand an Stelle der alten stupiden Propaganda im April bis Mitte Mai 1956 eine Auseinandersetzung über die traurigen, bereits zehn Jahre dauernden Vorgänge statt. Presse, Studenten und Schriftsteller wollten den alten Staub abschütteln – aber ihre Hoffnungen wurden sehr bald enttäuscht. Da die Forderungen der Prager Studenten nicht erfüllt wurden, ungeachtet ihrer wochenlang dauernden Kritik gegen den Unterrichtsminister und die Leitung des «Verbandes der tschechoslowakischen Jugend», demonstrierten sie in einem traditionellen Defilé, das seit 1948 nicht mehr stattgefunden hatte. Die Studenten hatten sich gegen den doktrinären Schulunterricht gewandt und forderten eine unabhängige, informative Presse, die Einfuhr ausländischer Zeitungen, ausländischer Zeitschriften und ausländischer Bücher, Kontrolle und Absetzbarkeit der Abgeordneten durch die Bevölkerung und Bestrafung aller Funktionäre, die sich Erpressungen oder anderer dem Gesetz widersprechender Methoden schuldig gemacht hatten.

Auf dem Ende April 1956 durchgeführten Schriftstellerkongreß drang der Ruf nach Freiheit, nach Aufhebung der Zensur und nach echter Kunst weit in die freie Welt hinaus. Der Dichter *Francisek Hrubin* charakterisierte die tschechoslowakische Literatur als «Gefangene eiskalter Dogmen».

In den Monaten April und in der ersten Hälfte Mai waren Anzeichen dafür vorhanden, daß in der Regierung Veränderungen eintreten würden; neue Männer sollten eine neue Politik machen. Leider begnügten sich die offiziellen Kreise mit einer sehr schonenden Kritik gegen *Gottwald* und der Entlassung seines Schwiegersohnes, des Verteidigungsministers *Cepicka*, der für die Verurteilungen in den letzten Jahren, vor

allem für die Strafdeportationen in die Kohlengruben, verantwortlich gemacht wurde. Es genügte, daß jemand sich einige, wenn auch milde kritische Worte gegen das Regime und dessen Vertreter erlaubte, um in die Kohlengruben deportiert zu werden. So entstand eine Armee unfreiwilliger Bergarbeiter, die meistens dieser schweren Arbeit nicht gewachsen waren. Cepicka wurde zwar aus seinem Amt entlassen, erhielt aber eine andere Sinekure: die Leitung des Amtes für Normalisierung.

Auf die Forderungen der Studenten reagierte die Presse heftig. Der Vizeministerpräsident *Kopetzky* hielt am 14. Juni eine scharfe Brandrede gegen die Studenten. Die Studenten hatten sich vor allem gegen ihre Politisierung, gegen ihren pseudomarxistischen Drill gewandt. Da die Parteizellen und die Jugendorganisationen in der Universität keinen großen Anhang hatten, konnten die Universitäten gegen den Mißbrauch der Macht energisch protestieren. Den Schriftstellern ist es gelungen, sich ihres harten, sturen Zensors zu entledigen. Die Arbeiterschaft verfügt leider nicht über Verbindungen nach außen, wie sie die Schriftsteller haben konnten. Darum erfährt die freie Welt kaum etwas über die wirklichen Zustände. Der Arbeiterschaft steht auch keine Tribüne zur Verfügung, wo sie über ihre Nöte und Forderungen diskutieren könnte. Ueber Chruschtschews Bericht hörten sie zwar Verschiedenes. Die von ihr gelesenen Zeitungen berichteten aber nicht über die Diskussionen, die dieser Bericht in den Volksdemokratien und in den westlichen kommunistischen Parteien hervorgerufen hat. Auch fehlte ihnen die Zeit zum Lesen der wenigen Artikel, die im April und in der ersten Hälfte Mai erschienen waren, und die Staunen erregt hatten.

Der Lebensstandard

Die Hauptursache der in der Bevölkerung herrschenden Unzufriedenheit ist der niedrige Lebensstandard. Zur Liberalisierung, die im April und in der ersten Hälfte Mai eingeleitet wurde, verhielt sich die Bevölkerung auf Grund ihrer langjährigen Erfahrungen skeptisch, und, wie die weiteren Ereignisse zeigten, mit vollem Recht.

Der mittlere Lohn macht in der Tschechoslowakei 1000 bis 1100 Kronen aus, der niedrigste (Verkäuferinnen) 400 bis 500. Arbeiter, Büroangestellte erreichen 700 bis 800 Kronen. Arbeiter in Bergwerken, in der Bauindustrie und Kaderfunktionäre können es aber nicht oft bis zu 2000 oder sogar etwas darüber bringen. Die Intellektuellen beziehen hier keine höheren Löhne wie in der SU oder in der Sowjetzone; auch unter ihnen herrscht große Unzufriedenheit. Der junge Arzt erhält zwischen 850 bis 1000 Kronen, der erfahrene, mit langjähriger Praxis 1600 Kronen.

Einige Beispiele: In Sokolov, im Kohlenrevier der Sudeten, verdient ein Hauer 1400 Kronen. Dafür muß er täglich 25 Tonnen Lignit fördern. Wenn man 125 Prozent der Norm erreichen würde, gäbe es doppelten Lohn, aber das erreicht man nie. Störungen an der Maschine machen

manchmal sogar unmöglich, die Norm zu erreichen. Prämien gibt es nicht jeden Monat. Ein unfreiwilliger Bergarbeiter, der früher Büroangestellter war und wegen eines (mißglückten) Versuches zum Grenzübertritt nach dem Westen zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt wurde, mußte nach Abbüßung der Strafe ein Engagement als Kohlenarbeiter unterschreiben. Es war unbefristet. Die Verladung von 18 Waggonetten ist die tägliche Norm für zwei Arbeiter. Prämien, erklärte er, sind eine Seltenheit. Es ist hinzuzufügen, daß die Bergarbeiter am besten bezahlt werden. In Ostrava arbeiteten in einer Sägemühle zwei Söhne eines Bergarbeiters (24 und 25 Jahre alt). Der eine schaffte im Planbüro und erhielt 1300 Kronen monatlich; der andere war Elektriker und bekam Stücklohn. Alle arbeiten langsamer, damit diese hohen Normen von ihnen nicht verlangt werden. Viele bemühen sich um Büroarbeit. Von 800 in dem Betrieb Tätigen sitzen 300 im Büro.

Und die Preise! Ein Kilo Brot kostet, nach der letzten Senkung der Preise, im April 1956: 5,6 Kronen; ein Liter Milch 2 Kronen; ein Kilo Butter 50 Kronen; ein Meter Stoff (Wolle) 500 Kronen; ein Motorrad Jawa (150 cm³) 7000 Kronen. Viele Waren, vor allem Textilien, sind minderere Qualität. Die tschechischen Löhne sind die höchsten in den Volksdemokratien, aber die Mehrheit der Bevölkerung verdient weniger als in der Zwischenkriegszeit.

Seit zwei Jahren ist eine leichte Besserung zu konstatieren. Am 1. April 1956 trat die fünfte Herabsetzung der Preise in Kraft, aber sie umfaßte nicht Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs. Die Presse wies bei dieser Gelegenheit mit Stolz darauf hin, daß der Lebensstandard in den Volksdemokratien höher sei als in den kapitalistischen Ländern und «bewies» es anhand gefälschter Preisindices der kapitalistischen Staaten. Es genügt, zu erwähnen, daß Kaffee, Orangen und auch manches andere sehr teure Luxusgegenstände sind. So betrügen die Manager das Volk. Die Preissenkungen umfassen in der Regel Waren, die nicht verkauft werden können. Ein herabgesetzter Preis hat oft zur Folge, daß die Waren noch vor der Ankündigung der Preissenkung verschwinden, um nach der Herabsetzung wieder zum Kauf mit neuen erhöhten Preisetiketten angeboten zu werden. Trotzdem hämmert die Propagandamaschine den Arbeitern jeden Tag ein, daß sie mit ihrem Schicksal zufrieden sein müßten.

Die Gewerkschaften

Den berechtigten und bescheidenen Forderungen der Arbeiter tritt die Propaganda entgegen. Sie verschweigt, daß es den tschechischen Arbeitern sowohl im alten Oesterreich wie auch in der Republik viel besser ging, und daß sich die tschechoslowakische Arbeiterschaft mit Hilfe ihrer Gewerkschaften erträgliche Löhne wie auch einen gut ausgebauten Arbeitsschutz erkämpft hatte, ferner, daß ihre Produkte am internationalen Markt sehr geschätzt waren. Um nur ein Beispiel zu

nennen: der Schuh aus der Fabrik F.L. Popper (Chrudim), die Reichenberger Tuchwaren, waren hochqualifizierte Erzeugnisse.

Da wagte es das «Gewerkschafts»-Organ «Prace» am 10. Juni 1956 an die Adresse der Arbeiter in der Fabrik «Svit» (früher Bata), die sich über ihre unzureichenden Löhne beklagten, zu schreiben: «In keinem kapitalistischen Lande erhalten Familienväter Kinderzulagen.» Wenn wir auch keine Anhänger der kapitalistischen Wirtschaft sind und viele von uns die «soziale» Marktwirtschaft ablehnen und bekämpfen, so wissen die Gewerkschaftsmanager in der CSR und die Redakteure der «Prace» sehr gut, daß unsere Gewerkschaften sie schon vor sehr langer Zeit durchgesetzt haben. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Arbeiter der sogenannten Arbeiterpresse nicht glauben, dieser Presse, die täglich den Arbeitern Lügen vorsetzt. Der tscheslowakischen Arbeiterschaft ist bewußt, daß man augenblicklich ihre Ohnmacht mißbraucht. Sie steht daher den Gewerkschaften feindlich gegenüber. Man findet in der CSR weder einen Betriebs- noch einen Kreisfunktionär, der von selbst erkennen oder zugeben würde, daß die Löhne unzureichend sind. Der tschechoslowakische Gewerkschaftsfunktionär kennt nur einen Slogan: Organisation der «sozialistischen» Wettbewerbe der Betriebe zur Erhöhung der Produktivität. Sein ganzes Denken ist darauf gerichtet, die Arbeiter für die Sonntagsarbeit zu gewinnen; er setzt seine ganze Kraft für den Kampf gegen den Absentismus ein, der notabene ein Abwehrmittel der Arbeiter gegen ihre Ausbeutung ist.

Von den Normen profitieren nur die kräftigen jungen Menschen, vor allem die unverheirateten, besonders wenn sie in den zur Fabrik gehörenden Häusern wohnen. Aber die Teuerung, die die Anschaffung von Luxuswaren wie Radio, Fernsehapparat, Motorrad, sehr erschwert, hat zur Folge, daß sich selbst die jugendlichen Arbeiter mit dem Betriebe nicht verbunden fühlen und nach ein bis zwei Wochen schwerer Arbeit (oft schaffen sie binnen 24 Stunden eine Tag- und eine Nachtschicht) dann, ohne jemand zu benachrichtigen, für Tage oder Wochen verschwinden. Daß das die Folge der niedrigen Löhne und des bei der Jugend verhaßten politischen Drills ist, wollen die Gewerkschaftsfunktionäre nicht einsehen. In allen Fabriken, Läden, Gaststätten und Hotels wird den Arbeitern und Angestellten täglich ein zehn Minuten dauernder politischer «Unterricht» aufgedrängt. Die jungen Arbeiter entziehen sich ihm durch Flucht aus den Betrieben.

Volkswirte, auch höhere Funktionäre, wissen, daß der Lebensstandard sehr niedrig ist. Die unteren Funktionäre plappern die Schlagworte der Propaganda nach. Sie kennen nicht die Verhältnisse in den kapitalistischen Ländern und haben ähnliche Vorstellungen von ihnen, wie die sowjetische Jugend vor zwanzig Jahren, die André Gides Entsetzen und Bruch mit der Kommunistischen Partei verursachte. Sie hätten alles, was zum menschlichen Leben gehört. Der Westen ist in ihrer Vorstellung ein großes Konzentrationslager, namentlich für die Arbeiter. Im Betrieb kann man in Anwesenheit der Gewerkschafts-

funktionäre nur von Erhöhung und Verbesserung der Produktion sprechen. Beklagen sich die Arbeiter über ihre niedrigen Löhne, so erwidern die Gewerkschaftsfunktionäre, daß die Löhne im Wirtschaftsplan festgesetzt wurden, daß sie höher sind als in den kapitalistischen Ländern. Wagt jemand einige kritische Bemerkungen zu machen, wird er als «Verräter», als «Saboteur» bezeichnet. Die unteren Funktionäre bahnen so der Regierung den Weg zur Ablehnung der von den Arbeitern erhobenen Forderungen.

Zwischen Partei- und Gewerkschaftsapparat einerseits und der Arbeiterschaft andererseits besteht eine tiefe Kluft. Selbst nach den Ereignissen in Posen, als die polnischen Manager, wenn auch sehr spät, als Hauptgrund der Explosion die wirtschaftlichen Unzulänglichkeiten eingestehen mußten, ist in der CSR von einer Kenntnis dieser schwersten Krankheit der Volksdemokratien nichts zu merken. Die Kluft zwischen Apparat und Arbeiterschaft wird sich daher immer mehr vertiefen... bis zur Katastrophe.

Nach den Posener Ereignissen hat die Prager Regierung, die ähnlichen Vorfällen aus dem Wege gehen möchte, einen sehr bedenklichen Beschluß gefaßt: allen Kritiken und Äußerungen der Unzufriedenheit einen Riegel vorzuschieben, der weit dichter als im Juni sein wird – soweit es mit der Entstalinisierung vereinbar wäre. Bereits jetzt ruft die Presse zur Verstärkung der «Wachsamkeit» auf. In Prag bedauern die offiziellen Kreise, daß man auf die vorgebrachten Kritiken nicht sofort reagierte und die positiven Aspekte der bisherigen Evolution nicht betonte. Man ist in den Prager offiziellen Kreisen über die Leichtfertigkeit ihrer polnischen Genossen entsetzt, deren «stupider» Liberalisation die Hauptursache ihrer bisherigen Schwierigkeiten zuzuschreiben wäre. Die tschechoslowakischen Manager, die nach den Posener Ereignissen in Polen waren, haben das ihre polnischen Genossen wissen lassen. Sie selbst werden dem polnischen Beispiel nicht folgen. Das tschechoslowakische Parteiorgan «Rude Pravo» erklärte am 11. Juli 1956, «die tschechoslowakischen Kommunisten lehnen die Taktik ihrer Bruderpartei in den Volksdemokratien ab, um sich die Verwirrung zu ersparen, die die neuen Diskussionen in bestimmten Parteien in unserem Lande erzeugen könnte.»

Die tschechoslowakischen Kommunisten wollen ihre Politik nicht ändern, sie wollen dem Volk einige Brocken hinwerfen, indem sie die verhaßtesten Männer aus ihren Stellungen entlassen. Sie werden jetzt versuchen, den Einfluß der Intellektuellen und Studenten auf das Volk auszuschalten. Auch einige Lohnerhöhungen sollen diesem Zwecke dienen. Eine allgemeine Erhöhung der Löhne würde eine Revision der Planung bedingen. Die gegenwärtige Resignation der Arbeiter hemmt das Wachstum der Produktion. Eine Aenderung ihrer Einstellung hängt von Sicherungen der Regierung ab, daß die Lage der Arbeiter sich bessern, und daß das politische und gewerkschaftliche Klima geändert werden wird. Die Lügen der Propagandamaschinen müßten

verschwinden. Dazu sind aber die tschechoslowakischen Manager nicht bereit. Aber schon jetzt befindet sich die tschechoslowakische Regierung in einer schwierigen Lage und früher oder später wird sie sich dazu bequemen müssen.

Dr. M. Bardach, Zürich

Es gärt in den bulgarischen Gewerkschaften

Im Frühjahr dieses Jahres wurde von der kommunistischen Presse Bulgariens nach dem Beschluß des Zentralrates der Gewerkschaften, den Kongreß des «Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Bulgariens» Mitte Juni in Sofia abzuhalten, eine allgemeine Kampagne ausgelöst, die den Vorbereitungen dieses Kongresses dienen sollte. Im ganzen Lande fanden Versammlungen statt, die Delegierten wurden bestimmt, und regelmäßig wurde vom «Enthusiasmus» berichtet, der in den Kreisen der Werktätigen herrschen sollte, von Arbeitsverpflichtungen zu «Ehren des Kongresses» usw. Nach den Statuten hat in Bulgarien alle vier Jahre ein Gewerkschaftskongreß stattzufinden, der letzte Kongreß wurde vom 16. bis 19. Dezember 1951 abgehalten. Es war der dritte Kongreß seit der Machtübernahme durch die Kommunisten, an dem der Name, die Statuten und die bisherige Struktur des Gewerkschaftsbundes weitgehend dem sowjetischen Vorbild angepaßt wurden. Bis dahin waren die bulgarischen Gewerkschaften nach dem System der Berufsgewerkschaften aufgebaut, von nun an wurden sie in Industriegewerkschaften umgestaltet.

Normalerweise hätte der vierte Kongreß im vergangenen Jahre stattfinden sollen, das Jahr ging jedoch vorüber, ohne daß der statutenmäßig vorgesehene Gewerkschaftstag einberufen worden wäre. Die Kampagne im April-Mai sollte diesen Kongreß nun nach der in den Volksdemokratien üblichen Manier vorbereiten. Mitte des Monats wurden dann jedoch plötzlich in der Presse alle Berichte über die Vorbereitungen abgestoppt, die bereits angesetzten Versammlungen abgesagt, ohne daß zunächst über die Gründe dieser Maßnahme Aufschluß gegeben worden wäre. Erst später wurde zunächst ohne Kommentar die Beschlußfassung des Zentralrates der Gewerkschaften veröffentlicht, in der festgestellt wurde, daß man den Kongreß habe auf den Herbst vertagen müssen, ohne dabei jedoch ein präzises Datum anzugeben. Erst später kommentierten die Zeitungen diesen überraschenden Schritt dahingehend, daß sich die Verschiebung als notwendig erwiesen habe, da die Kongreßvorbereitungen ungenügend gewesen seien und daß das ursprüngliche Datum von Mitte Juni vom Zentralrat der Gewerkschaften festgelegt worden sei vor einer Sitzung des Zentralkomitees der KPB, das heißt vor der Auslösung der neuen von Moskau eingeleiteten Linie in Bulgarien. Das Argument, das vom Zentralorgan der Gewerkschaften «Trud» vorgebracht wurde, daß der Kongreß nicht genügend vorbereitet gewesen sei, hält einer näheren Überprüfung